Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 1 von 11
A	Anregungen und Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		2
A.1	Landratsamt Emmendingen – Untere Naturschutzbehörde		2
A.2	Landratsamt Emmendingen – Amt für Gewerbeaufsicht, Abfallrecht und Immissionsschutz		2
A.3	Landratsamt Emmendingen – Straßenverkehrsamt.....		3
A.4	<i>Landratsamt Emmendingen – Straßenverkehrsamt.....</i>		4
A.5	Landratsamt Emmendingen – Gesundheitsamt		4
A.6	<i>Landratsamt Emmendingen – Gesundheitsamt</i>		4
A.7	Landratsamt Emmendingen – Eigenbetrieb Abfallwirtschaft.....		4
A.8	Landratsamt Emmendingen – Untere Denkmalschutzbehörde.....		5
A.9	Landratsamt Emmendingen – Bauleitplanung.....		5
A.10	Regierungspräsidium Freiburg – Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau		7
A.11	Regionalverband Südlicher Oberrhein		8
A.12	Deutsche Telekom Technik GmbH.....		9
A.13	Deutsche Bahn AG – DB Immobilien		9
A.14	Netze BW GmbH		9
A.15	Amprion GmbH		9
B	Keine Anregungen und Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange		10
B.1	Landratsamt Emmendingen – Straßenbauverwaltung		10
B.2	Landratsamt Emmendingen – Untere Wasserbehörde		10
B.3	Landratsamt Emmendingen – Vermessungsamt		10
B.4	Landratsamt Emmendingen – Amt für Flurneuordnung		10
B.5	Landratsamt Emmendingen – Landwirtschaftsamt		10
B.6	Landratsamt Emmendingen – Forstliche Belange.....		10
B.7	Landratsamt Emmendingen – Untere Baurechtsbehörde		10
B.8	Landratsamt Emmendingen – Amt für ÖPNV.....		10
B.9	Industrie- und Handelskammer Südlicher Oberrhein		10
B.10	bnNETZE GmbH.....		10
B.11	Unitymedia BW GmbH.....		10
B.12	terranes bw GmbH.....		10
B.13	Vermögen und Bau Baden-Württemberg		10
B.14	Abwasserzweckverband Untere Elz		10
B.15	BUND-Kreisverband Emmendingen		10
B.16	Landesnaturschutzverband BW.....		10
C	Private Anregungen und Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern		11

**2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
und Erlass der örtlichen Bauvorschriften
„Sattler-Breite II“**

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 2 von 11
-----	--------------------	--------------------	----------------

A ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER ÖFFENTLICHER BELANGE

A.1 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE NATURSCHUTZBEHÖRDE (Schreiben vom 29.05.2017)			
A.1.1	Gemäß §§ 1, 1 a BauGB und § 18 BNatSchG ist in der Abwägung über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz des Eingriffs durch den Bebauungsplan zu entscheiden, Gemäß § 2 Abs. 4 und § 2a Nr. 2 BauGB ist ein Umweltbericht entsprechend der Anlage zum BauGB zu erstellen. Ein Umweltbericht des Büros Dietrich, Freiburg (Stand: 17.02.2017) liegt vor.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.1.2	Gegenstand der Änderung ist die Einbeziehung des Grundstücks Flst.Nr. 5525 in das Baugebiet. Die naturschutzrechtlichen und -fachlichen Belange sind im Umweltbericht dargestellt. Schutzgebiete oder gesetzlich geschützte Biotop sind nicht betroffen. Die artenschutzrechtlichen Belange wurden berücksichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.1.3	Die Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung ist korrekt. Das Bilanzdefizit beträgt 2.630 Ökopunkte. Ob die Berechnungen zum Schutzgut „Boden“ korrekt sind, muss von der Unteren Bodenschutzbehörde geprüft werden. Die Untere Naturschutzbehörde stimmt einer schutzgutübergreifenden Kompensation zu. Für das Gesamtdefizit von 9.362 Ökopunkten wurde eine Kompensationsmaßnahme auf den Grundstücken Flst.Nrn. 407 und 408 (Gemarkung Köndringen) im Umfang von 12.000 Ökopunkten vorgeschlagen. Diese Maßnahme muss noch mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag gesichert werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Dies wird berücksichtigt. Die Maßnahme wird noch vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert.	
A.2 LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR GEWERBEAUFSICHT, ABFALLRECHT UND IMMISSIONSSCHUTZ (Schreiben vom 31.05.2017)			
A.2.1	Immissionsschutz Zur 2. Änderung des Bebauungsplanes haben wir hinsichtlich Immissionsschutzes keine Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.2.2	Abfallrecht Gegen die 2. Änderung des Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken, wenn unsere Stellungnahme und Anregungen in den Bebauungsplan übernommen werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wurde bereits ein Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.	
A.2.2.1	Im Hinblick auf die abfallwirtschaftlichen	s. A.2.2.	

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans und Erlass der örtlichen Bauvorschriften „Sattler-Breite II“

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 3 von 11
	<p>Belange ist das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl I Nr. 10 S 212) sowie die jeweils hierzu erlassenen Verordnungen in der jeweils geltenden Fassung zu beachten und anzuwenden. Hiernach gilt u.a. die Pflicht zur vorrangigen Verwertung von anfallenden Abfällen vor deren Beseitigung. Die Verwertung von Abfällen, hierzu zählt auch Bodenaushub welcher nicht wieder vor Ort eingebaut wird, hat ordnungsgemäß (also im Einklang mit allen öffentlich-rechtlichen Vorschriften) und schadlos (Beeinträchtigungen des Wohls der Allgemeinheit sind nicht zu erwarten, insbesondere keine Schadstoffanreicherung im Wertstoffkreislauf) zu erfolgen.</p>		
A.2.2.2	<p>Die Grundstücke innerhalb des Bebauungsplans unterliegen dem Anschluss- und Benutzungszwang an die öffentliche Einrichtung Abfallentsorgung des Landkreises Emmendingen. Die anfallenden Abfälle sind deshalb der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen.</p> <p>Dies gilt auch für die Siedungsabfälle von Gewerbebetrieben. Diese haben ebenfalls Abfallbehälter des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers im angemessenen Umfang, mindestens aber einen Behälter, zu nutzen.</p> <p>In diesem Zusammenhang sind die Belange der Müllabfuhr bei der Planung der Erschließungsanlagen im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes mit einzu beziehen.</p>	s. A.2.2.	
A.2.2.3	<p>Werden im Zuge der Bauarbeiten stoffliche Bodenbelastungen angetroffen, ist das weitere Vorgehen mit der Abfallrechtsbehörde des Landratsamt Emmendingen (07641/451-499 o. 662, E-Mail gja@landkreis-emmendingen.de) abzustimmen.</p>	s. A.2.2.	
A.3	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENVERKEHRSAMT (Schreiben vom 15.05.2017)		
A.3.1	<p>Ergänzend zu unserer Stellungnahme vom 03.01.2017 ergeben sich für uns weiterhin keine Bedenken. Die Erschließung der Änderungsfläche erfolgt ausschließlich über die Straße Am Geigenberg, was durch ein Zufahrtsverbot zur Mundinger Straße gesichert ist. Somit entfällt aktuell auch die von uns vorgeschlagene Verlängerung des</p>	Wird zur Kenntnis genommen.	

**2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
und Erlass der örtlichen Bauvorschriften
„Sattler-Breite II“**

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 4 von 11
	Gehweges. Sollte in weiterer Zukunft jedoch eine Ausweitung der Wohnbebauung in Richtung Mundingen erfolgen, so wäre u. E. die Anlage eines Gehweges geboten.		
A.4	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENVERKEHRSAMT (Schreiben vom 03.01.2017)		
A.4.1	<p>Gegen die 2. Änderung des Bebauungsplanes "Sattler-Breite II" bestehen keine Bedenken. Eine Erschließung ist durch die Straße Am Geigenberg vorhanden, wobei auch eine direkte Erschließung über den Mundinger Weg möglich wäre. Sollten Grundstücke, welche direkt am Mundinger Weg liegen auch über denselben erschlossen werden, so empfehlen wir dringend, den an der Südseite des Mundinger Weg verlaufenden Gehweg entsprechend in östliche Richtung mit einer Breite von mind. 1,50 m zu verlängern.</p> <p>Inwieweit straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen (z. B. Versetzen der Ortstafel) getroffen werden müssen, wird gesondert behandelt.</p>	<p>Dies wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Das Grundstück wird durch die ausgebaute Straße am Geigenberg erschlossen. Zur Sicherung dieser Absicht, wurde ein Zufahrtsverbot entlang des Mundinger Wegs aufgenommen. Änderungen an der Verkehrssituation sind nicht vorgesehen.</p>	
A.5	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – GESUNDHEITSAMT (Schreiben vom 25.04.2017)		
A.5.1	Mit Verweis auf unsere Stellungnahme vom 28.12.2016 bestehen aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes keine Bedenken gegen die 2. Änderung des Bebauungsplanes.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.6	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – GESUNDHEITSAMT (Schreiben vom 28.12.2016)		
A.6.1	Aus Sicht des vorbeugenden Gesundheitsschutzes bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des o.g. Bebauungsplanes.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.6.2	Wir setzen voraus, dass die herzustellenden Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung innerhalb des Planungsgebietes den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen.	Dies wird zur Kenntnis genommen.	
A.6.3	Das Planungsgebiet befindet sich im Wasserschutzgebiet Zone IIIB entsprechend sind die Bestimmungen der Wasserschutzgebietsverordnung vom 11.12.2013 zu berücksichtigen.	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Es wird ein Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.</p>	
A.7	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – EIGENBETRIEB ABFALLWIRTSCHAFT (Schreiben vom 24.05.2017)		
A.7.1	Zum Vorhaben der Gemeinde Teningen im Ortsteil Köndringen wurden die Bedenken und Anregungen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Landkreises Emmendingen	Wird zur Kenntnis genommen.	

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans und Erlass der örtlichen Bauvorschriften „Sattler-Breite II“

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 5 von 11
	gen zur frühzeitigen Beteiligung vom 10.01.2017 berücksichtigt bzw. zur Kenntnis genommen; - Belange der Müllabfuhr - Erdaushub vor Ort Weitere Bedenken oder Anregungen bestehen keine.		
A.8	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE DENKMALSCHUTZBEHÖRDE (Schreiben vom 15.05.2017)		
A.8.1	Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde bestehen keine Bedenken oder Anregungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.8.2	Wir bitten folgenden Hinweis aufzunehmen: Sollten bei der Durchführung der Maßnahme archäologische Funde oder Befunde entdeckt werden, sind gemäß § 20 DSchG Denkmalbehörde(n) oder Gemeinde umgehend zu benachrichtigen. Archäologische Funde (Steinwerkzeuge, Metallteile, Keramikreste, Knochen, etc.) oder Befunde (Gräber, Mauerreste, Brandschichten, bzw. auffällige Erdverfärbungen) sind bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten, sofern nicht die Denkmalschutzbehörde oder das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 84 - Archäologische Denkmalpflege (E-Mail: abteilung8@rps.bwl.de) mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gem. § 27 DSchG wird hingewiesen. Bei der Sicherung und Dokumentation archäologischer Substanz ist zumindest mit kurzfristigen Leerzeiten im Bauablauf zu rechnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Es wurde bereits in Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.	
A.9	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – BAULEITPLANUNG (Schreiben vom 15.05.2017)		
A.9.1	Planunterlagen, Allgemeines Im Vorfeld zur 2. Änderung des Bebauungsplans „Sattler-Breite II“ fanden bereits Gespräche statt, deren Ergebnis in die Planung Eingang gefunden hat. Die beidseitige Bebauung einer bereits vorhandenen Erschließungsstraße ist städtebaulich sinnvoll. Aus bauleitplanerischer Sicht bestehen gegen die 2. Änderung des Bebauungsplans keine Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.9.2	Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (FNP) Der Flächennutzungsplan sieht für die überplante Fläche eine Landwirtschaftsflä-	Wird zur Kenntnis genommen.	

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans und Erlass der örtlichen Bauvorschriften „Sattler-Breite II“

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 6 von 11
	che vor. Aufgrund der geringen Größe (ca. 999 m ²) des Erweiterungsbereichs und der nicht parzellenscharfen Abgrenzung des Flächennutzungsplans kann die Erweiterungsfläche allerdings noch als auch dem Flächennutzungsplan entwickelt angesehen. Die Entwicklung des Bebauungsplanes aus dem Flächennutzungsplan wird bestätigt.		
A.9.3	<p>Weiteres Verfahren (Rechtskraft)</p> <p>Nach dem Abschluss des Verfahrens durch den Satzungsbeschluss, die ortsübliche öffentliche Bekanntmachung und den Eintritt der Rechtskraft, bitten wir, uns folgende Unterlagen zu senden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Abwägungsentscheidung des Gemeinderates zu den eingegangenen Stellungnahmen. - Die Gemeinderatsniederschrift über den Satzungsbeschluss. - Den Nachweis der öffentlichen Bekanntmachung des Bebauungsplanes gemäß § 10 Abs. 3 BauGB mit Angabe des Datums des Inkrafttretens. - 2 Exemplare des ausgefertigten Bebauungsplanes mit zugehörigen Anlagen. - Digitale Daten des Bebauungsplanes/Flächennutzungsplanes per E-Mail oder CD/DVD im Dateiformat .pdf - Öffentlich-rechtlicher Vertrag (siehe Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde). 	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die erforderlichen Unterlagen werden nach Ende des Verfahrens zur Verfügung gestellt.</p>	
A.9.4	Hinweise		
A.9.4.1	Wir weisen darauf hin, dass bei Änderung der Festsetzungen nach der Offenlage § 4a Abs. 3 BauGB zu beachten ist und unter Umständen eine zweite Offenlage durchzuführen wäre. Bei einer eingeschränkten neuen Offenlage sind die Veränderungen gegenüber der 1. Planung kenntlich zu machen.	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Eine erneute Offenlage ist nicht vorgesehen.</p>	
A.9.4.2	Um Ausfertigungsmängel des Planes zu vermeiden, weisen wir darauf hin, dass der Plan nach dem Satzungsbeschluss des Gemeinderates aber vor der öffentlichen Bekanntmachung ausgefertigt werden muss.	Dies wird berücksichtigt.	
A.9.4.3	Da die rechtskräftigen Bebauungspläne vom Regierungspräsidium Freiburg in ein geografisches Informationssystem übertragen werden, bitten wir darum, Herrn Peter Schneider beim Referat 21 des Regierungspräsidiums ebenfalls eine Mehrferti-	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Die erforderlichen Unterlagen werden nach Ende des Verfahrens zur Verfügung gestellt.</p>	

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans und Erlass der örtlichen Bauvorschriften „Sattler-Breite II“

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 7 von 11
	<p>gung des Planes zukommen zu lassen. Dies ist auch per E-Mail möglich unter der Adresse: peter.schneider@rpf.bwl.de</p>		
A.9.4.4	<p>Wir bitten, den Vertragsabschluss des öffentlich-rechtlichen Vertrags zur Sicherung der naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen zusammen mit dem Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan zu treffen. Auf das Urteil des OVG Lüneburg vom 17.02.05, 1 KN 7/04 wird verwiesen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Die Maßnahme wird noch vor Satzungsbeschluss vertraglich gesichert.</p>	
A.10	<p>REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG – LANDESAMT FÜR GEOLOGIE, ROHSTOFFE UND BERGBAU (Schreiben vom 22.05.2017)</p>		
A.10.1	<p>Geotechnik</p> <p>Die im Folgenden erneut aufgeführten geotechnischen Hinweise und Anmerkungen der LGRB-Stellungnahme vom 11.01.2017 (LGRB-Az. 2511//16-11901) umfassen das Plangebiet und sind weiterhin gültig:</p> <p>Auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten bilden holozäne Abschwemmassen unbekannter Mächtigkeit den oberflächennahen Baugrund. Zum Grundwasserflurabstand im Plangebiet liegen keine konkreten Daten vor.</p> <p>Mit einem oberflächennahen saisonalen Schwinden (bei Austrocknung) und Quellen (bei Wiederbefeuchtung) des tonigen/tonig-schluffigen Verwitterungsbodens sowie mit lokalen Auffüllungen vorangegangener Nutzungen, die ggf. nicht zur Lastabtragung geeignet sind, ist zu rechnen.</p> <p>Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizontes, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen. Ferner wird darauf hingewiesen, dass im Anhörungsverfahren des LGRB als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt. Es wird ein Hinweis in die Bebauungsplanänderung aufgenommen.</p>	
A.10.2	<p>Boden</p> <p>Zur Planung sind aus bodenkundlicher Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzutragen.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>	

2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans und Erlass der örtlichen Bauvorschriften „Sattler-Breite II“

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 8 von 11
A.10.3	Mineralische Rohstoffe Zum Planungsvorhaben sind aus rohstoff-geologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.4	Grundwasser Zum Planungsvorhaben sind aus hydrogeologischer Sicht keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.5	Bergbau Gegen die Planung bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.6	Geotopschutz Im Bereich der Planfläche sind Belange des geowissenschaftlichen Naturschutzes nicht tangiert.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.10.7	Allgemeine Hinweise Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (http://www.lgrb-bw.de) entnommen werden. Des Weiteren verweisen wir auf unser Geotop-Kataster, welches im Internet unter der Adresse http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop-Kataster) abgerufen werden kann.	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.11	REGIONALVERBAND SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 17.05.2017)		
A.11.1	Die geplante Wohnbaufläche liegt nach Regionalplan 1995 im Randbereich eines Regionalen Grünzugs, in dem laut Plan-satz 3.1.1 eine Besiedlung nicht zulässig ist. Es besteht jedoch im Rahmen des maßstabsorientierten Ausformungsspiel-raums in diesem konkreten Fall kein Ziel-konflikt. Dieser Sachverhalt wurde unse- rerseits bereits mit Schreiben vom 13.01.2016 der Gemeinde Teningen mitge- teilt. Die Gesamtfortschreibung des Regional- plans Südlicher Oberrhein liegt in der Fas- sung des Satzungsbeschlusses vom 08.12.2016 vor. Die Regionalplanfort- schreibung wird jedoch erst nach Geneh- migung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden- Württemberg sowie nach öffentlicher Be- kanntmachung rechtswirksam. Auch im Fortschreibungsentwurf besteht im Rah- men des maßstabsorientierten Ausfor-	Wird zur Kenntnis genommen.	

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 9 von 11
	mungsspielraums kein Zielkonflikt.		
A.12	DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH (Schreiben vom 23.05.2017)		
A.12.1	<p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Zur o. a. Planung haben wir bereits mit Schreiben PTI 31-Pb4, Hans-Georg Basler vom .02.01.2017 fristgerecht Stellung genommen.</p> <p>Unsere Anregungen und Bedenken sind ausreichend berücksichtigt.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.13	DEUTSCHE BAHN AG – DB IMMOBILIEN (Schreiben vom 24.04.2017)		
A.13.1	<p>Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme der DB AG als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren:</p> <p>Durch den Bebauungsplan werden die Belange der DB AG und ihrer Konzernunternehmen nicht berührt. Wir haben daher weder Bedenken noch Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.</p>	<p>Dies wird berücksichtigt.</p> <p>Das Ergebnis der Abwägung wird nach Ende des Verfahrens mitgeteilt.</p>	
A.14	NETZE BW GMBH (Schreiben vom 21.04.2017)		
A.14.1	<p>Der oben genannte Bebauungsplan wurde von uns eingesehen und hinsichtlich der Stromversorgung überprüft.</p> <p>Das BVH kann an das vorhandene Niederspannungs-Ortsnetz angeschlossen werden.</p> <p>Die Herstellung des elektrischen Versorgungsnetzes erfolgt durch ein von der Netze BW GmbH beauftragtes, qualifiziertes Unternehmen.</p>	Wird zur Kenntnis genommen.	
A.15	AMPRION GMBH (Schreiben vom 04.05.2017)		
A.15.1	Im Geltungsbereich der o. a. Bauleitpla-	Wird zur Kenntnis genommen.	

**2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
und Erlass der örtlichen Bauvorschriften
„Sattler-Breite II“**

Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 10 von 11
-----	--------------------	--------------------	-----------------

	<p>nung verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diesen Bereich liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p> <p>Ferner gehen wir davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>		
--	---	--	--

**B KEINE ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN DER BEHÖRDEN UND TRÄGER
ÖFFENTLICHER BELANGE**

B.1	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – STRAßENBAUVERWALTUNG (Schreiben vom 01.06.2017)
B.2	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE WASSERBEHÖRDE (Schreiben vom 01.06.2017)
B.3	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – VERMESSUNGSAMT (Schreiben vom 22.05.2017)
B.4	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR FLURNEUORDNUNG (Schreiben vom 26.04.2017)
B.5	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – LANDWIRTSCHAFTSAMT (Schreiben vom 18.05.2017)
B.6	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – FORSTLICHE BELANGE (Schreiben vom 17.05.2017)
B.7	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – UNTERE BAURECHTSBEHÖRDE (Schreiben vom 03.05.2017)
B.8	LANDRATSAMT EMMENDINGEN – AMT FÜR ÖPNV (Schreiben vom 15.05.2017)
B.9	INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER SÜDLICHER OBERRHEIN (Schreiben vom 19.04.2017)
B.10	BNNETZE GMBH (Schreiben vom 04.05.2017)
B.11	UNITYMEDIA BW GMBH (Schreiben vom 31.05.2017)
B.12	TERRANTES BW GMBH (Schreiben vom 21.04.2017)
B.13	VERMÖGEN UND BAU BADEN-WÜRTTEMBERG (Schreiben vom 20.04.2017)
B.14	ABWASSERZWECKVERBAND UNTERE ELZ (Schreiben vom 27.04.2017)
B.15	BUND-KREISVERBAND EMMENDINGEN (Schreiben vom 06.06.2017)
B.16	LANDESNATURSCHUTZVERBAND BW (Schreiben vom 06.06.2017)

**2. Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans
und Erlass der örtlichen Bauvorschriften
„Sattler-Breite II“****Behandlung der eingegangenen Anregungen und Stellungnahmen aus der Offenlage**

Nr.	Stellungnahmen von	Beschlussvorschlag	Seite 11 von 11
-----	--------------------	--------------------	-----------------

C PRIVATE ANREGUNGEN UND STELLUNGNAHMEN VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN

Anregungen und Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürgern sind nicht eingegangen.